

# Textilarbeiter-Zeitung

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für den Monat 750,— Mark.

Organ des Zentralverbandes Christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Verlag Heinrich Jahrenbrack, Düsseldorf 100, Tannenstraße 5. Druck und Versand Joh. van Nieuwen, Crefeld, Luth. Kirchstraße Nr. 55-56. Fernruf: 4692.

Schriftleitung: Düsseldorf 100, Tannenstr. 33. Fernruf 4423, Telegr.: Textilverband Düsseldorf.

## Gegen den materialistischen Zeitgeist!

Zurück zum Gewerkschaftsgeist der Gründungszeit!

Durch den materialistischen Zeitgeist sind leider auch in unserer Bewegung schon zuweilen schlimme Verheerungen angerichtet worden. Manche Mitglieder kamen zu unserer Bewegung als wirkliche Idealisten, vom allerbesten Willen befeuert. Aus wahrer Liebe zur Sache der Arbeiter haben sie mit vorbildlicher Hingebung und Aufopferung Tag und Nacht jahrelang unserer Bewegung gedient. Eines Tages aber — angefeindet durch das eigensüchtige Treiben einzelner Führer — legten auch sie für jede Tätigkeit in der Bewegung den Maßstab des Geldverdienens an. Die einzige Richtschnur für ihre weitere Mitarbeit war nur noch der Grundsatz geworden: Was kann ich dabei verdienen?

Gegen den alle sittlichen und idealen Werte vernichtenden Materialismus muß jeder Führer mit aller Macht ankämpfen. Der Führer hat jedes Recht zur Kritik verwickelt gegenüber dem Mammongeist in anderen Kreisen, wenn er nicht mit aller Entschiedenheit daran geht, in den eigenen Reihen den sich zuweilen breitmachenden Mammongeist einzudämmen. Das muß schon um der Zukunft unserer Bewegung willen geschehen. Diese droht sonst im materialistischen Sumpf zu erstickten und völlig zu Grunde zu gehen.

Das ist durchaus nicht zu schwarz gesehen. Wie und wo sollen sonst noch Brücken geschlagen werden können vom Solidaritätsgefühl unter unseren eigenen Berufskollegen zum Gemeinschaftsgefühl als Staatsbürger? Wie und wo soll das aus tausend Wunden blutende deutsche Vaterland wieder aufgebaut werden können, wenn sich seine Führer nicht voll und ganz vom materialistischen Zeitgeist zu befreien vermögen? Wie sollen vor allem die Führer ihre Anhänger noch zu edlen Taten begeistern können, wenn diese im Führer nur einen verstockten Egoisten und Materialisten sehen?

Nein, es ist ganz gewiß keine Übertreibung, der Materialismus kann noch einmal der Tod der Gewerkschaftsbewegung werden. Eine gesinnungsmäßige Umformung der Bevölkerung, ein Stück Erziehungsarbeit an unseren Mitgliedern ist einfach undenkbar bei einem weiteren Fortwuchern des materialistischen Zeitgeistes. In diesem Falle muß die Bewegung aufhören, eine Quelle der Regsamkeit, eine Quelle charaktervoller Durchdringung des Einzelmenschen zu sein. Darum soll vor allem der Führer sich immer wieder ins Gedächtnis rufen: Zurück zum Idealismus! Fort mit aller Eignung und allem Materialismus!

Vor mehr als 20 Jahren hielt der Gedanke des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses Herz und Geist der Gründungsmitglieder unserer Bewegung gefangen. Diesen war kein Weg zu weit, kein Opfer zu groß und keine Mühen und Entbehrungen zu hart und beschwerlich, um eine selbständige Bewegung zu schaffen und diese auch lebensfähig zu erhalten. Es war eine Zeit, wo Idealismus und begeisterte Hingebung an die gemeinsame Arbeitersache glänzende Triumphe feiern konnten. Leider hat ein Teil der heutigen Führer diese Zeit nicht miterleben oder doch nicht persönlich mitempfinden können. Darum sollte jeder Führer sich recht oft in diese Gründungszeit unserer Bewegung im Geiste hineinwerfen.

Wie in der Gründungszeit unserer Bewegung, so müssen auch jetzt wieder die Herzen der Führer höher schlagen für die Ideale unserer Bewegung. Diese verdienen es wahrhaftig, daß man für sie recht warm wird und für sie auch die allergrößten Opfer bringt. Die Führer haben vor allem nach Kräften mitzuhelfen, daß der Idealismus wieder die Seele in unserer Bewegung werde und niemals mehr daraus entweiche.

Der Führer muß mit der Erziehungsarbeit bei sich selber beginnen. Laufend Augen sehen Tag für Tag auf ihn. Davon, wie er seine Aufgabe innerlich erfährt, hängt für die Zukunft unserer Bewegung so ungesagter viel ab. Der Führer und Volkserzieher darf nichts verkümmern von dem heiligen Sinne derer, die ganze Nächte an die Bewegung geklebt haben, die ihre ersparten Gelder willig und treulich der Bewegung geopfert und die in bitteren Nächten die erste Furche der Bewegung gezogen haben.

Nur wenn die Führer wirkliche Idealisten sind, wird und muß es gelingen, den alten Gründergeist weiter zu pflegen, der die erste stürmische Zeit unserer Bewegung durchlebte. Es wird und muß dann auch gelingen, die Mitglieder in Hingabe und Aufopferung für die Bewegung zu erhalten und immer wieder neue und idealdenkende Mitstreiter unserer Bewegung zuzuführen.

## „Goldlöhne“ oder Anpassung der Löhne und Gehälter an die gesunkene Kaufkraft?

Von Bernhard Otte, Generalsekretär des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

Fast in jeder Zeitung, welche man zurzeit in die Hand bekommt, wird die Frage der sogenannten Goldlöhne oder eines wertbeständigeren Lohnes behandelt. Daß die Behandlung dieser Frage vielfach sehr distanzanthaft und den wirklichen Verhältnissen wenig gerecht werdend erfolgt, sei nur nebenbei betont. Einige Tageszeitungen brachten es sogar fertig, den Marktschurz am Montag in Verbindung mit der Forderung der Arbeitnehmer nach Goldlöhnen zu bringen. Kurz: die Diskussion über diese wichtige und schwierige Frage ist überall im Gange. In den Kreisen der Arbeitnehmer herrscht über die jetzigen Zustände eine große Erregung. Die Arbeitnehmer sagen sich mit Recht: ungezählte Gruppen und Kreise halten sich trotz der Marktentwertung schadlos, sie passen ihre Preise rücksichtslos der Geldentwertung an, während sich unsere Lebenshaltung, da wir unsere Löhne unter vielfach zu geringen Erhöhungen in einem Zeitpunkt, in dem sie durch die Geldentwertung längst überholt sind, ausgezahlt erhalten, andauernd verschlechtert.

Nichtsdestoweniger ist es aber notwendig, die ganze Frage unter dem Gesichtspunkt des wirtschaftlich Möglichen und nicht unter dem des Wünschenswerten zu betrachten. Mit dem Wort „Goldlöhne“ werden verschiedene Begriffe verbunden; Begriffe, welche sich in der Praxis nicht verwirklichen lassen. In weiten Kreisen der Arbeitnehmererschaft versteht man darunter Friedenslöhne, welche durch entsprechende Aufschläge stets auf dem Friedensstand, bezw. Friedenswert gehalten werden. Nun dürfen wir uns aber darüber nicht täuschen, daß wir keine Friedensverhältnisse mehr haben. Die wirtschaftliche Basis, auf der wir stehen, ist sehr geschwächt, und alle diejenigen Volksschichten, welche sich vollkommen schadlos halten, schadlos halten vielfach auf Kosten der breiten Masse, bilden im Verhältnis zu den Millionen Arbeitnehmern, Sozialrentnern, Kriegsteilhabigen usw. nur einen kleinen Bruchteil. Man darf sich nicht darüber täuschen, daß die Kürzung des zu großen und mit Recht großes Vergernis erregenden Einkommens dieser Kreise durch eine Verteilung auf die Millionen Arbeitnehmer nur wenig auf den einzelnen ausmachen würde.

Auch bei dieser Frage dürfen wir wiederum nicht außer acht lassen, daß der große außenpolitische Druck, welcher auf unserem Wirtschaftsleben liegt, seine hemmende und beeinträchtigende Rückwirkung auf alle sozialen und wirtschaftlichen Fragen im Innern unseres Landes ausübt. Ebenso wie die Lohnfrage nicht lediglich ein Verteilungsproblem, sondern vorwiegend ein Produktionsproblem ist, muß man sich klar darüber sein, daß „Goldlöhne“ in dem vielfach verstandenen Sinne Forderungen auslösen, welche zu untragbaren Verhältnissen — wenigstens im gegenwärtigen Augenblick — führen würden. Im Hintergrund sogenannter Goldlöhne steht die Goldrechnung. Konsequenz durchgeführt bedeutet das, daß der Staat in seinem Haushalt, für seine Beamten usw. sich darauf einstellen müßte, daß ferner in allen Dingen, wo noch nicht in Gold gerechnet wird, dieses automatisch sich vollziehen würde. Man denke nur einmal an die Mieten. In Friedenszeiten müßten die Arbeitnehmer, im allgemeinen gesehen, wenigstens ein Sechstel, im Durchschnitt sogar ein Fünftel ihres Einkommens für Wohnungsmiete ausgeben. Der Übergang zu Goldlöhnen und zur Goldrechnung würde sich zweifellos ohne schwere innere Erschütterungen und ohne größere Arbeitslosigkeit nicht vollziehen können. Aus all diesen Gründen scheint es richtiger, daß das Wort „Goldlöhne“ im Zusammenhang mit der jetzt notwendigen Neuregelung der Löhne und Gehälter ausscheidet. Richtig betrachtet, ist das Wort „Goldlohn“ ein Schlagwort.

Die Situation steht aber zurzeit so, daß etwas geschehen muß. So geht es nicht weiter. Was ist nun nötig bzw. möglich, um zu wertbeständigeren Löhnen und Gehältern, bzw. zu einer Anpassung der Löhne und Gehälter an die gesunkene Kaufkraft zu kommen?

Sowohl die Spitzengewerkschaften unter sich, wie auch das Reichsarbeitsministerium mit den Spitzengewerkschaften, und umgekehrt haben bereits einige Besprechungen gehabt. Die Verhandlungen werden im Laufe dieser Tage noch weiter fortgeführt. Aus den bisher geführten Besprechungen ergibt sich bereits eine Grundlage, auf der jedenfalls diese unmittelebare Frage eine den Um-

ständen nach mögliche Lösung finden dürfte. Die Besprechungen und Verhandlungen werden beschleunigt, weil die Angelegenheit drängt. Mit dem Arbeitgeber werden ebenfalls Besprechungen stattfinden und es wird von deren Verhalten wesentlich abhängen, ob man ohne gesetzliche Bindungen und Verordnungen zu demjenigen kommen kann, was mit Rücksicht auf die gegenwärtige Lage notwendig ist. Die Gewerkschaften aller Richtungen denken sich im großen und ganzen die Lösung der Frage so: die zukünftigen Löhne und Gehälter werden bestehen a) aus einem Grundlohn und b) aus einem beweglichen kurzfristigen Zuschlag zum Grundlohn, der jeweils auf Grund eines verbesserten Lebenshaltungsindezes errechnet wird.

Der Grundlohn soll nach wie vor der freien Vereinbarung unter den Parteien, also der Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern, unterliegen. Wie hoch soll nun der Grundlohn sein? Derselbe wird, wie es auch jetzt der Fall ist, nicht für alle Gewerbe gleich sein können. Die Verhältnisse sind in den einzelnen Gewerben sehr verschieden. Auch wird man nicht ohne weiteres eine Anlehnung an die Friedensverhältnisse zur Grundlage nehmen können, weil im Wirtschaftsleben gegenüber der Friedenszeit große Verschiebungen vor sich gegangen sind; Verschiebungen sowohl hinsichtlich der Stellung der einzelnen Gewerbe im Wirtschaftsleben wie auch hinsichtlich der Löhne und Gehälter im Verhältnis zur Vorkriegszeit. Die Löhne zwischen geleerten und ungelerten Arbeitern haben sich, im Verhältnis zur Vorkriegszeit, zum Beispiel verschoben. Ferner liegen Verschiebungen in den Löhnen einzelner Gruppen und Gewerbe vor. Hinzu kommt, daß z. B. für die Angestellten, die Gehaltsbemessung im Frieden fast ganz individuell gestaltet war und Tarifverträge eine Seltenheit waren. Aus all diesen Gründen kann der Grundlohn gar nicht auf einen einheitlichen Nenner gebracht werden und muß nach wie vor der freien Vereinbarung unter den Parteien und notwendigenfalls auch dem gewerkschaftlichen Kampf unterliegen. Um zu einer möglichst jähen Regelung zu kommen, wird man vorerst vielleicht ungefähre von dem gegenwärtigen Lohn als Grundlohn ausgehen, und die Gewerkschaften haben dann, entsprechend ihrer eigenen Stärke und den wirtschaftlichen Verhältnissen zu versuchen, den Grundlohn auf eine höhere Basis zu bringen.

Zu dem Grundlohn kommt, wie vorher bereits betont, der bewegliche kurzfristige Zuschlag, der nach einem Index bemessen wird. Der bisher vielfach bei Lohnbewegungen gebrauchte Lebenshaltungsindezes weist sehr große Mängel auf. Er baute auf dem Ergebnis von zwei Stichtagen im Monat auf, und seine Veröffentlichung erfolgte erst, wenn er durch die inzwischen eingetretene Entwicklung längst überholt war. Man ist nun dahin übereingekommen, wöchentlich eine Indexziffer herauszubringen. Die Mittwochs jeder Woche in etwa 15 bis 20 deutschen Städten stattfindenden Erhebungen werden telegraphisch nach Berlin dem Statistischen Reichsamt mitgeteilt. Letzteres stellt diese örtlichen Ermittlungen rechnerisch zusammen und der Index wird bereits am Ende der betreffenden Woche veröffentlicht. Im dem Zustandekommen der Teuerungszahlen in den einzelnen Orten sind die Gewerkschaften bereits beteiligt, und es ergibt sich noch die Frage, ob bei der rechnerischen Zusammenstellung im Statistischen Reichsamt auch die Gewerkschaften beteiligt werden sollen. Des weiteren ist beabsichtigt, diesen Wochenindex noch besser und für eine Lohnbemessung günstiger zu gestalten. Der Index berücksichtigte bisher auch nur die geringsten Kulturbedürfnisse, ebenfalls nicht Verschleiß bzw. Substanzabnutzung. Es ist beabsichtigt, nach dieser Richtung hin den Index zu verbessern, damit er nicht ganz mehr der „Index für den armen Mann“, — was er bisher war — ist. Wenn nun allwöchentlich die Teuerung an Hand eines verbesserten Index angezeigt und die Zuschläge danach bemessen werden, ist ein sehr großer Teil der bisherigen Uebelstände aus der Welt geschafft. Es kommt allerdings hierbei noch ein Umstand in Frage, der nicht ganz übersehen werden darf. Auch mit diesem verbesserten kurzfristigen Index wird man nur die jeweils vorhandene Teuerung erfassen, nicht aber — das ist in Zeiten ständig fortschreitender Geldentwertung wichtig — die kommende Teuerung. Aus dem Grunde bleibt noch zu prüfen, ob es nicht zweckmäßig ist, den Lebenshaltungsindezes mit einem anderen Index zu kombinieren. Hier würde wohl nur der Groß-

# Wahrung der Rechte

Verbande auch allwöchentlich an Beiträgen das geben, was dieser zur Durchführung seiner Aufgaben braucht.

der Mitglieder ist eine der wichtigsten Aufgaben der gewerkschaftlichen Organisation. Aber nur eine leistungsfähige Organisation kann diese Aufgabe in befriedigender Weise lösen. Darum sollte jedes Mitglied dem

handelsinbez, welcher der Steuerung im Kleinhandel stets voraussetzt, in Frage kommen können. Allerdings bleibt zu berücksichtigen, daß in Zeiten steigender Marktentwicklung der Großhandelsinbez umgekehrt auch eher ein Nachlassen der Steuerung angezeigt, als es sich im Kleinhandel praktisch auswirkt. Nach wie vor schließen nun in Zukunft die Gewerkschaften Tarifverträge ab. Die Tarifverträge könnten dann auch für eine längere Dauer, etwa für drei Monate, insbesondere für eine Zeit, während der man glaubt, den Grundlohn auf der abgeschlossenen Basis halten zu sollen, vereinbart werden. Es kommt dann in die Tarifverträge die Bestimmung hinein, daß die seit der letzten Lohnzahlung auf Grund des Inbez errechnete Steuerung jeweils durch entsprechende prozentuale Aufschläge ausgeglichen wird.

Im großen und ganzen entspricht die gekennzeichnete Linie dem, was bei den seither geführten Besprechungen herausgekommen ist. Ueber manche Fragen wird allerdings noch weiter beraten werden müssen. Viel hängt auch von der Stellungnahme der Arbeitgeber ab. Wenn sich die Arbeitgeber in der Zentralarbeitsgemeinschaft etwa nicht bereit finden sollten, den veränderten Verhältnissen entsprechend Rechnung zu tragen, dann wird jedenfalls nichts anderes übrig bleiben, als durch irgendeinen gesetzlichen Akt, sei es im Wege einer Notverordnung oder sonstwie, zu bestimmen, daß die ermittelten Steuerungszahlen auf Grund des Inbez durch angepaßte Lohnaufschläge ausgeglichen werden müssen. Auf alle Fälle ist aber ein Uebereinkommen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, ferner eine entsprechende Einstellung der Schiedsinstanzen und Schlichtungsausschüsse, insbesondere auch mit Hilfe des Arbeitsministeriums, einer gezielten Maßnahmen, deren praktische Auswirkung sich noch gar nicht ganz übersehen läßt, vorzuziehen.

Bei der Betrachtung der ganzen Dinge darf man nicht übersehen, daß diese Maßnahmen als Notmaßnahmen, welche durch die anomalen wirtschaftlichen Verhältnisse bedingt sind, angesehen werden müssen. Eine Lösung der Frage auf der angegebene Basis wird auch bedingen, daß der Staat für seine Beamten und für die Staatsarbeiter in gleicher Richtung verfahren muß und daß Rückwirkungen hinsichtlich der Bemessung der Zuschläge für Arbeitslose, Sozialrentner usw. ohne weiteres gegeben sind. Alles in allem liegen aber die Verhältnisse so, daß die jetzigen Zustände im Lohnwesen dringend einer Änderung bedürfen. Die beteiligten Faktoren, insbesondere soweit die Gewerkschaften in Frage kommen, sind bestrebt, die Frage recht bald und in einer Form, wie es den gegebenen Umständen nach nur möglich ist, zu einer Lösung zu bringen.

## Zahl einen Stundenlohn als Wochenbeitrag!

Wir durchleben gegenwärtig eine Zeit rasender Geldentwertung. Der Dollar, der am 15. Januar ds. Js. noch mit M. 12 650 gehandelt wurde, stieg im Monat Februar auf 19 451,25, März 20 882,81, April 21 125,—, Mai 42 194,—, Mitte Juni 107 430,— bis 150 000,— gegenüber M. 4,20 in Friedenszeit. Die Folgen dieser Erscheinung brauchen nicht näher beleuchtet zu werden, unsere Mitglieder durchleben sie stündlich. Während häusliche... nisten und wilde Streiks, Straßenschlachten, Tumulte und gewalttätige Verleumdungen diese Ereignisse nur rein für ihre politischen Zwecke mißbrauchen, arbeiten die Zentralgewerkschaften mit übermenschlicher Kraft an der Anpassung der Löhne an die Lebenshaltung. Leicht wird's denen, die diese Arbeit leisten, nicht gemacht. Eine vollständige Berkennung der Verhältnisse ist es, wenn die Arbeit der Lohnverhandlungsteilnehmer von den eigenen Mitgliedern als mitterwertig eingeschätzt wird. In den meisten Fällen können von den kräftigsten Kollegen bessere Mittel und Wege nicht angegeben werden. Das ist durchaus keine Resignation in der Gewerkschaftsbewegung. Sie tritt nur in den Zeiten wirtschaftlicher Not stärker hervor. Und doch lassen sich die alten Gewerkschaftspraktiken nicht ertzen machen. Sie arbeiten unermüdet weiter und haben durch ihre leitende Arbeit die vollständige Bereinigung der Arbeiterschaft noch immer zum Ziel aufhalten können. Aus 25 der bedeutendsten Tarifverträge haben wir unter Durchsicht der Lohnrechnung der Löhne für 14-, 17- und 20-jährige Arbeiter und Arbeiterinnen die DurchschnittsStundenverdienste der Hilfsarbeiter festgestellt. Sie betragen im

I. Quartal 1922	8,05 M.
II. " 1922	13,70 " "
III. " 1922	44,60 " "
IV. " 1922	236,17 " "
I. " 1923	300,27 " "

Relativ ist die Lohnsteigerung aus der bildlichen Darstellung Nr. 1 ersichtlich. Der Lohnsatz vom I. Quartal 1922 ist gleich 1 gesetzt. Heute liegen wir Stundenverdienste von M. 4000—5000 und darüber, so daß jeder ein Stundenverdienstverdienst M. 3000 beträgt.

Der Wert dieser Arbeit tritt noch viel stärker in die Erscheinung, wenn man die Lohnhöhungen für die Gesamtmitgliedschaft betrachtet. Durch

### 1177 Lohnabschlüsse

konnte unser Verband für seine Mitglieder folgende Summen an Lohnhöhungen herausholen:

II. Quartal 1922	439 920 000 M.
III. " 1922	3 502 900 000 " "
IV. " 1922	16 251 880 000 " "
I. " 1923	49 246 700 000 " "

Susgesamt sind also in einem Jahr

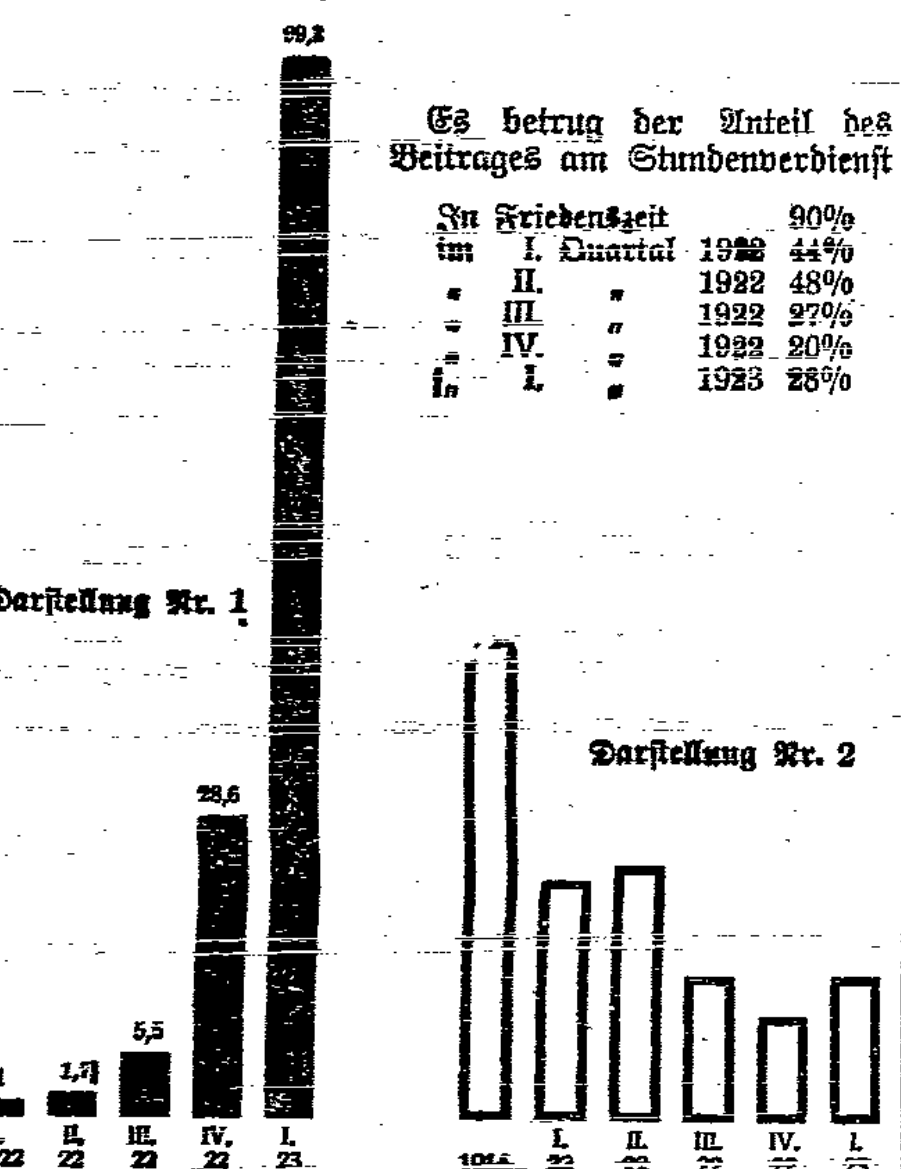
M. 68 141 400 000 Mehroerdienst

erzielt worden.

Für diese nachgewiesene fruchtbringende Arbeit sollen die Mitglieder nichts weiter als eine den Verbandsleistungen entsprechende

### geregelt Beitragszahlung leisten.

Mehr und mehr ist der Anteil des Beitrages am Stundenverdienst zurückgegangen, wie die bildliche Darstellung Nr. 2 zeigt, wenn man für jeden vierteljährlichen Lohnsatz die Grundbasis 100 wählt.



An dieser Erscheinung dürfen hoch wohl die Verhältnisse nur zum Teil schuld sein. Es scheint fast, als ob die Beitragsgehoren nach jeder Lohnhöhung nicht sofort den erhöhten Beitrag von ihrem Vertrauensmann verlangen. Denn darauf kommt es heute an, daß die Mitglieder freiwillig höhere Beitragsmarken verlangen. Das Beitragszahlen ist heute eine Gewissensfrage geworden. Diejenigen Kollegen, die da glauben, noch eine Woche M. 200 am Verbandsbeitrag zu sparen, haben in Wirklichkeit, gemessen am heutigen Dollarkurs, ganze 0,6 deutsche Reichsmarkung gespart, die Verbandskasse aber — wenn jedes Mitglied so gewissenlos wäre — um M. 1 456 000 000 im Jahre geschädigt. Legt man die erreichten Mehroerdienste zugrunde, dann hätte die

M. 1 475 097 000 an Mehreinnahmen

noch über die jetzigen Einnahmen haben müssen. Um soviel mehr hätte auch die Aktivität des Verbandes gesteigert werden können.

Wie die Verhältnisse sich weiter entwickeln werden, kann kein Mensch voraussagen. Eins aber ist sicher: Einmal werden die Zentralgewerkschaften nur noch durch schwere wirtschaftliche Kämpfe die Lebensbedingungen ihrer Mitglieder regeln und verteidigen müssen. Die erfolgreiche Durchführung dieser Kämpfe wird davon abhängen, in welchem Maße die Mitglieder sich selbst ihre Organisation finanziell ausgebaut haben. Gerade Beachtung und Durchführung der Verbandsbeiträge hat noch nie für alle Mitglieder die besten Folgen gezeigt. Ein für den Verband lebenswichtiger Beschluß muß mehr als bisher beachtet werden. Er lautet:

„Einen Stundenlohn als Wochenbeitrag.“

F. M.

## Willenskundgebung der christlichen Gewerkschaften zur französischen Gewalt Herrschaft.

Die christlichen Gewerkschaften des altbesetzten Gebietes haben in einer Stadt des anbesetzten Gebietes angesichts der einschneidenden Bedeutung der gesamten poli-

tischen Lage erneut Stellung zu den vorherrschenden Tagesfragen genommen. Gegenüber den mit allen Mitteln betriebenen Versuchen der französischen Regierung, das besetzte Gebiet sachrechtlich vom Deutschen Reich zu trennen, dieses Gebiet politisch, militärisch und wirtschaftlich völlig zu beherrschen und damit das ganze übrige Deutschland unter keine dauernde Botmäßigkeit zu bringen, sowie gegenüber der Forderung der französischen Regierung nach Aufhebung des passiven Widerstandes, d. h. nach bedingungsloser Kapitulation erklären die christlichen Gewerkschaften folgendes:

Jeder Versuch, uns vom Reich zu trennen und uns eine andere tatrechtliche Form aufzudrängen, oder unsere Eisenbahnen und Polizei unter fremde Oberhoheit zu stellen, wird unseren härtesten und bauernden Widerstand finden. Wir nehmen das von den Siegermächten feierlich verkündete Selbstbestimmungsrecht der Völker auch für uns in Anspruch. Eine Aufgabe des passiven Widerstandes im Sinne der französischen Forderungen kann für uns nicht in Frage kommen. Wir sind nicht gewillt, durch bedingungslose Aufgabe des passiven Widerstandes Verrat zu üben an all den vielen Tausenden von Ausgewiesenen, von Herb und Heim Vertriebenen und in den Gefängnissen schmachtenden Brüdern und Schwestern. Wir fordern die Wiederherstellung der persönlichen staatsbürgerlichen und rechtlichen Sicherheiten und Freiheiten der Bewohner des französisch und belgisch besetzten Gebietes und Einstellung der brutalen militärischen Gewalt Herrschaft.

An alle Kulturnationen der Erde aber richten die christlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen des besetzten Gebietes die erste Frage: Wie lange noch wollt ihr tatenlos zusehen, wie die friedliche Bevölkerung eines hoch kultivierten europäischen Landes von einer weißen und farbigen Soldateska aufs schlimmste in seiner Menschenwürde mißhandelt wird? — Die brutale Vergewaltigung des Rechts, wie sie zurzeit im Rheinland und Westfalen von fremden Mächten Tag für Tag ausgeübt wird, muß eines Tages zu einem schrecklichen Erwachen für ganz Europa führen!

## Allgemeine Rundschau.

**Der Inbezlohn.**  
Im Reichsarbeitsministerium traten die Vertreter der gewerkschaftlichen Spitzenverbände zu einer Besprechung über die Regelung einer automatischen Anpassung der Löhne und Gehälter an die Kaufkraft der Mark zusammen. Der Reichsarbeitsminister betonte, daß die Reichsregierung selbst an der Lösung dieses Problems arbeite und von der Notwendigkeit überzeugt sei, daß in irge. einer Form eine bessere automatische Anpassung des Lohn- und Gehaltsniveaus an das Preisniveau stattfinden müsse.

Die durch den Reichsarbeitsminister vorgebrachten Richtlinien, die im wesentlichen sich auf die Wirkung eines Indexlohnes beziehen, wurden im Prinzip von den Gewerkschaften anerkannt. Ueber die technische Durchführung im einzelnen sollen vorläufig noch Einzelberatungen stattfinden. Im Laufe der nächsten Woche soll dann versucht werden, das Problem endgültig zur Lösung zu bringen.

Angesichts der Bedeutung der Inbezfestsetzung für die vorgegebene Regelung soll vorher eine Reform der Methode der Inbezrechnung vorgenommen werden. Die Güterstatistik für die Inbezrechnung soll erweitert und auch auf die Kulturgüter ausgedehnt werden, wie auch eine Quote über die Abnutzung der Haushaltssubstanz mit eingerechnet werden soll. Fraglich ist noch, ob die Abmachungen durch gesetzgeberische Akte festgelegt oder der tariflichen Vereinbarung überlassen bleiben sollen.

## Der christliche Metallarbeiterverband

zählte am Schlusse des Jahres 1922 228 406 Mitglieder gegen 234 452 am Jahresanfang. Am Schlus des dritten Vierteljahres hatte die Mitgliederzahl bereits 242 611 betragen. Der geringe Rückgang, der inzwischen wieder ausgeglichen sein dürfte, wird zurückgeführt auf die leider notwendigen Beitrags erhöhungen gegen Jahreschluss. Hinzu kommt als weiterer Grund die wüste kommunistische Heke in den Hauptindustriegebieten, von der nicht nur die sozialistischen Gewerkschaften geschädigt wurden. Die gewerkschaftliche Miesmacherei der radikalen Elemente führt eben allgemein zur Einstellung der Beitragszahlung jener, die sonst nur mit Mühe in den Gewerkschaftslisten mitgeschleppt werden. Die Hauptkasseneinnahmen des Verbandes betragen im Berichtsjahr 208 024 301 M. Die im „Deutschen Metallarbeiter“ gegebene Uebersicht über die Verbandsentwicklung weist auch darauf hin, daß das Verhältnis zwischen Arbeitslohn und Beitragszahlung sich immer mehr zugunsten der Beiträge verändert hat. Anfangs des Jahres hatte ein Facharbeiter in der Metallindustrie durchschnittlich 13,22 M. Stundenlohn. Er bezahlte damals einen Wochenbeitrag von 4,25 M. Am Jahreschluss betrug der Stundenlohn 425,98 M., der Beitrag 120,— M.

## Gründung eines Kampfzuges im Bund der Hotel-, Restaurant- und Cafe-Angestellten.

Die Leitung dieser den christlichen Gewerkschaften angeschlossenen Organisation hat einstimmig beschlossen, zur Gründung eines „Kampfzuges“, welcher der gewerkschaftlichen Arbeit dienlich gemacht werden soll, von allen Mitgliedern einen einmaligen Beitrag zu erheben. Dieser beläuft sich je nach Beitragsklasse auf 15 000, 9000 und 6000 Mark für jedes Mitglied. Dieser Kampfzugsbeitrag gilt gemäß den Satzungen als Pflichtbeitrag. Der Kampfzug soll mit der Durchführung dieses Beschlusses auf 150—175 Millionen gebracht werden.



